

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marion Schneid (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Palliativversorgung für die Stadt Ludwigshafen

Die **Kleine Anfrage 3220** vom 23. März 2015 hat folgenden Wortlaut:

Unabhängig von Einstellungen zu Formen der Sterbehilfe gibt es eine breite Unterstützung für den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung. Der damit verbundene politische Auftrag richtet sich auch an das Land Rheinland-Pfalz. Schwerkranken und sterbenden Menschen müssen in der letzten Phase ihres Lebens bestmöglich versorgt, gepflegt und betreut werden. Sie bedürfen menschlicher Begleitung und Zuwendung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit ist
 - a) die allgemeine ambulante Palliativversorgung und
 - b) die spezialisierte ambulante Palliativversorgungfür die Stadt Ludwigshafen gegeben?
2. Inwieweit entspricht das Angebot dem Bedarf, welche Probleme und Defizite bestehen?
3. Welche Versorgungskapazität durch Palliativstationen gibt es für die Stadt Ludwigshafen?
4. Inwiefern entsprechen die vorhandenen Angebote, ihre Förderung und ihre Versorgungskapazität dem Bedarf?
5. Welche Probleme und Defizite bestehen?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. April 2015 wie folgt beantwortet:

Zu 1 a):

Die allgemeine ambulante Palliativversorgung ist eine Aufgabe der Vertragsärztinnen und Vertragsärzte und hier insbesondere der Hausärztinnen und Hausärzte. In der Stadt Ludwigshafen besitzen nach Auskunft der Landesärztekammer drei niedergelassene Ärztinnen und Ärzte die Zusatzbezeichnung „Palliativmedizin“.

Zu 1 b):

Die Stadt Ludwigshafen verfügt über kein SAPV-Team.

Zu 2.:

Die Bedarfsplanung im niedergelassenen Bereich ist Aufgabe der Selbstverwaltung. Es gibt keine spezielle Bedarfsplanung für die ambulante Palliativversorgung. Defizite sind der Landesregierung nicht bekannt. Gleichwohl ist in der landesweiten Betrachtung festzustellen, dass die von der Akademie für Ärztliche Fortbildung angebotenen Kurse zur Erlangung der Zusatzbezeichnung „Palliativmedizin“ stets ausgebucht sind, sodass von einem unverändert großen Interesse in der Ärzteschaft an der Palliativmedizin und einem Erwerb der entsprechenden Zusatzbezeichnung auszugehen ist.

Handlungsbedarf besteht grundsätzlich im weiteren Aufbau der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV). Es gibt Schätzungen in den Fachpublikationen, nach denen auf 250 000 Einwohnerinnen und Einwohner ein SAPV-Team bedarfsgerecht

b. w.

sei. Bei einer Bevölkerungszahl von 161 518 in der Stadt Ludwigshafen (Stand 31. Dezember 2013, Quelle: Statistisches Landesamt) wird der kalkulatorische Bedarf für ein SAPV-Team nicht erreicht. Eine Bedarfsberechnung erfordert die Betrachtung eines größeren Einzugsgebiets.

Zu 3.:

In der Stadt Ludwigshafen gibt es vier Krankenhäuser, von denen eines über einen ausgewiesenen Schwerpunkt „Palliativmedizin“ mit sechs Plätzen verfügt (St. Marien- und St. Annastift).

Zu 4.:

Mit der Zahl an Palliativstationen und Palliativplätzen liegt Rheinland-Pfalz deutlich über dem Bundesdurchschnitt von rund 22 Betten pro 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner und im Vergleich der Bundesländer an zweitbesten Stelle *).

Bei einer Einwohnerzahl von 161 518 in der Stadt Ludwigshafen (Stand: 31. Dezember 2013) besteht ein Bedarf von vier Palliativbetten, der durch das Angebot des St. Marien- und St. Annastifts Krankenhauses vollumfänglich gedeckt wird.

Die Landesregierung geht davon aus, dass mit den bestehenden Palliativstationen und ihren Versorgungskapazitäten ein dem Bedarf entsprechendes Angebot geschaffen wurde. Auch sind im Zusammenhang mit der Einrichtung und dem Betrieb von Palliativstationen keine Probleme bekannt.

Zu 5.:

Vor allem besteht die Notwendigkeit, die bestehenden ambulanten Angebote der Hospizversorgung mit den palliativmedizinischen Angeboten zu vernetzen.

In Vertretung:
David Langner
Staatssekretär

*) Quelle: Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin; Daten beruhen auf eigenen Angaben der Träger von stationären Hospizen und Palliativstationen.